

Neuss, Beate

Article — Digitized Version

Verschiebung des Euro - keine sinnvolle Alternative!

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Neuss, Beate (1997) : Verschiebung des Euro - keine sinnvolle Alternative!,
Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Nomos, Baden-Baden, Vol. 77, Iss. 8, pp. 450-456

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/137513>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Beate Neuss

Verschiebung des Euro – keine sinnvolle Alternative!

Seit Jahren fordern deutsche Politiker eine präzise Einhaltung der Konvergenzkriterien des Maastrichter Vertrags. Finanzminister Waigel legte sich bereits im letzten Jahr auf eine Interpretation des Fiskalkriteriums bis auf eine Stelle hinter dem Komma fest: Exakte 3,0% sollte die Defizitquote der Kandidaten maximal betragen dürfen. Seit Deutschland und Frankreich – die Hauptmatadoren und Motoren der Währungsunion – Probleme mit der Einhaltung der Konvergenzkriterien haben, ist daraus eine Debatte um die Verschiebung der Währungsunion geworden.

Wirtschaftswissenschaftler und Journalisten schreiben skeptische und ablehnende Berichte, deutsche

Landesfürsten nutzen den Euro als wohlfeiles Instrument für innerparteiliche Machtkämpfe und zur Positionierung bei anstehenden Wahlen. Die Regierung verlegt sich bei dem Versuch, die Zustimmung der Bürger zu erhalten, auf einen Kriterienfetischismus, obwohl eindeutig erkennbar ist, daß eine Punktlandung beim Defizitkriterium weder in Deutschland noch in Frankreich möglich sein wird.

In dieser Situation gibt es drei Szenarien für die Zukunft der Währungsunion:

Die Währungsunion wird als Chance für einen breiten europäischen Aufschwung gesehen, befördert durch den definitiven Abbau zwischenstaatlicher Handelsbarrieren und durch die Eliminierung von Währungsrisiken innerhalb des Binnenmarktes. Die dynamisierende Wirkung der Währungsunion auf die politische Integration führt zu einer Vertiefung der

Prof. Dr. Beate Neuss, 44, lehrt Internationale Politik an der TU Chemnitz.

Zusammenarbeit, die Europa in der Weltpolitik handlungsfähiger macht.

□ Die Währungsunion öffnet die Büchse der Pandora für politische Turbulenzen und Gefahren innerhalb der EU und ist mithin Ursache für eine langandauernde und in ihren Auswirkungen unabsehbare Destabilisierung des globalen Wirtschafts- und Währungsgefüges. Sie beschädigt den politischen Zusammenhalt und macht Europa zukunftsunfähig. Die Aufnahme neuer Mitglieder kann nicht erfolgen oder führt zum endgültigen Zerfall.

□ Die Europäische Währungsunion bleibt eine auf Dauer vor sich hergeschobene Utopie, da die Maastricht-Kriterien nie von einer vernünftigen Zahl europäischer Staaten ehrlich erfüllt werden können. Die Folgen sind entweder – je nach Einschätzung des weltpolitischen und weltwirtschaftlichen Strukturwandels – der Status quo oder ein Europa, das sich marginalisiert.

In Anbetracht der schwierigen wirtschaftlichen und innenpolitischen Situation, spricht da nicht alles für Verschiebung? Ich denke nein. Ich habe dafür neun Gründe.

Erstens: Vertrauensschutz

Die Debatte in Deutschland hinterläßt den Eindruck, daß die Kriterien rigide sind, der Beginn der Währungsunion jedoch flexibel. Das Gegenteil ist richtig. Der Beginn der Währungsunion ist vertraglich festgelegt, er steht nicht zur politischen Disposition. „Pacta sunt servanda“ – auch auf europäischer Ebene, denn das Vertrauen von politischen Akteuren und Bürgern in die Verlässlichkeit und Bindungskraft aller folgenden Verträge, darunter den Vertrag von Amsterdam, würde leiden. Dies ist von großer Bedeutung, geht es doch nicht nur um die kontinuierliche Weiterentwicklung der verfassungsmäßigen Grundlagen der EU, sondern um die bevorstehende Aufnahme neuer Mitglieder, denen die Einhaltung des „acquis communautaire“, also des umfangreichen Primär- und Sekundärrechts der EU, abverlangt wird.

Auch wäre eine Änderung des Beginns nicht einfach zu bewerkstelligen: Der Vertrag legt den Beginn der Währungsunion ebenso wie die Gründung der Europäischen Zentralbank (EZB) für den 1. 1. 1999 fest. Welche Aufgaben sollte die EZB, von deren Autorität die Währungsstabilität künftig abhängen wird, ohne Währungsunion übernehmen? Nur die Aufgaben des heutigen Europäischen Währungsinstituts? Ein schlechter Start für eine prestigereiche Institution. Darüber hinaus wäre wohl der geänderte Maastrichter

Vertrag den Parlamenten vorzulegen – mit unabsehbaren Folgen auch für den übrigen Vertragsinhalt.

Was aber geschieht, wenn Deutschland und Frankreich, ohne die die Währungsunion schlechterdings politisch unvorstellbar ist, die Kriterien – im Sinne der Punktlandung – verfehlen? Dies ist eine Gefahr, die lediglich für die fiskalischen Kriterien besteht, während beide Länder, wie die meisten Kandidaten, das Ziel bei der Preisstabilität, der Wechselkursstabilität und der Zinskonvergenz klar erreichen werden. Die Obsession der Bundesregierung mit der 3,0%-Hürde für das Haushaltsdefizit ist vertraglich nicht gedeckt. Die Zahl ist nicht im Vertrag selbst erwähnt, sondern im Zusatzprotokoll¹. Sie ist eine von mehreren Referenzwerten, keine Sine-qua-non-Bestimmung. Damit soll nicht der rechtlich bindende Charakter dieser Bestimmung in Zweifel gezogen, sondern ihre Bewertung in den Kontext des Vertrags gestellt werden. Die Intention des Vertrages – eindeutig ablesbar an Art. 104c EG-Vertrag – ist eine Gesamtschau der ökonomischen Situation der Kandidaten, nicht die Fixierung auf Stellen nach dem Komma eines Referenzwertes.

Der vertraglich vorgesehene Spielraum in Art. 104 c – von allen Parlamenten ratifiziert – dürfte ausreichen, um den Euro an einer geringfügigen Überschreitung des Haushaltskriteriums von 3% bzw. des Schuldenkriteriums von 60% nicht scheitern zu lassen – zumal sich die Wirtschaftswissenschaftler einig sind, daß sich die gesetzten Daten eher aus der wirtschaftlichen Performance der Staaten während der Maastrichter Verhandlungen als aus zwingender ökonomischer Logik erklären lassen. Die Entscheidung über die Kandidaten ist eine politische und wirtschaftspolitische, keine buchhalterische. Die mit der Festschreibung von Kriterien beabsichtigte Wirkung ist ohnedies eingetreten: Die Konvergenz der Staaten, die sich Hoffnungen auf den Beitritt machen können, hat seit 1991/93 deutlich zugenommen, die beabsichtigte disziplinierende Wirkung hat also stattgefunden.

Zweitens: Auf Stabilitätskurs

Befürworter einer Verschiebung argumentieren, daß diese notwendig sei, um die Stabilität des Euro zu gewährleisten. Ein Haushaltsdefizit über 3% und eine Gesamtverschuldung über 60% führe über die Nachfrage am Kapitalmarkt zu inflationären Tendenzen. Dieser theoretisch leicht nachvollziehbare Zusammenhang trifft in der EU der neunziger Jahre nicht

¹ Vgl. Vertrag über die Europäische Union vom 7. 2. 1992 in der Fassung vom 1. 1. 1995; Protokoll über das Verfahren bei einem übermäßigen Defizit, insbesondere Art. 1.

mehr generell zu. Collignon² hat nachgewiesen, daß sich bei den aussichtsreichen Kandidaten keine Korrelation zwischen Schuldenstand und Stabilitätskultur herstellen läßt. Vielmehr hat die Bindung an die Ankerwährung D-Mark und die Konvergenz bei den Kriterien Inflation, Zins und Wechselkursstabilität zur Überbewertung einiger Währungen geführt, die die Konjunkturkrise seit 1993 verschärfte und den Abbau der Defizite erschwerte. Ursachen des Verfehlens der Konvergenz beim Schuldenkriterium sind Inflationsbekämpfung, Wirtschaftskrise und hohe Arbeitslosigkeit und nicht Zeichen der politischen Akzeptanz von übermäßiger Staatsverschuldung. In einer Reihe von Ländern zeigt sich daher das Phänomen steigender Staatsverschuldung bei sinkenden Inflationsraten.

Dieser Zusammenhang bleibt bestehen, solange die Vorbereitungsphase für die Währungsunion, d.h. der Zeitraum bis zum Eintritt in die 3. Stufe, nicht abgeschlossen ist. Aufgrund eines günstigeren Policy-mix von Geld- und Fiskalpolitik in der Währungsunion kann der Abbau der Staatsverschuldung rascher vorangetrieben werden, ohne daß sich dies im gleichen Maße wie bisher bremsend auf die Konjunktur auswirken muß.

In Anbetracht der Entwicklung der letzten 15 Jahre muß ohnehin konstatiert werden, daß Stabilitätspolitik in Europa kein kurzfristiges Phänomen ist. Vielmehr hat sich in der EU, wie auf allen anderen entscheidenden Devisenmärkten, eine nachhaltige Stabilitätskultur durchgesetzt. Auch Jospins Bestrebungen, der Europäischen Zentralbank ein „wirtschaftspolitisches Gegengewicht“ gegenüberzustellen, interpretiere ich nicht als Plädoyer für inflationäre Politik, sondern als den Versuch, zu einer besseren Koordinierung von Geld- und Fiskalpolitik zu gelangen, damit die Bekämpfung der zukunftsgefährdenden Arbeitslosigkeit nicht auf dem Altar der Punktlandung geopfert wird. Auch wenn aus einigen französischen Kreisen andere

Forderungen laut wurden: Französische Regierungen sind auf Stabilitätskurs geblieben. Mitterrand orientierte sich zu Beginn seiner Amtszeit um, und auch Jospins Kompromißbereitschaft bei der Formulierung des Beschäftigungskapitels signalisiert ein Festhalten am Stabilitätskurs. In Anbetracht der Entwicklung der internationalen Finanzmärkte ist sein Spielraum ohnedies weit geringer als der Mitterrands vor eineinhalb Jahrzehnten.

Ohnehin ist nicht Frankreich das eigentliche Problem, sondern die Sorge, bei einer unsauberen Punktlandung auch die Südländer – den „Club Méd“ – mit an Bord nehmen zu müssen. Denn wenn Deutschland und Frankreich die Kriterien verfehlen, wird es problematisch werden, ein Land wie Italien abzuweisen, das sich als Kernland der Union begreift und der Währungsunion beitreten möchte. Italien gehörte zu den Gründungsmitgliedern, seine Bevölkerung ist dezidiert pro-europäisch. Die Nichtteilnahme Italiens in der ersten Runde würde die innenpolitische Stabilität des Landes auf eine weitere Probe stellen und sowohl die Sanierung des Haushalts als auch die italienische Wirtschaft belasten. Auch wenn die deutsche Wirtschaft den Beitritt Italiens befürwortet, wäre es wünschenswert, Italiens Verzicht auf Teilnahme in der ersten Runde zu erreichen.

Sollte eine politische Abfederung aber nicht möglich sein, wäre der Beitritt nicht zwangsläufig der Sargnagel für einen stabilen Euro. Denn der Spielraum für die EZB, einen weichen Euro zuzulassen, ist sehr gering. Die enorm effizienten Finanzmärkte werden wegen der sehr kostengünstigen derivativen Finanzinstrumente eine Abweichung vom Stabilitätskurs nicht zulassen. Bereits heute ist die Zins- und Inflationskonvergenz der großen Währungen, einschließlich der Lira, sehr hoch. Eine unsolide Haushaltspolitik würde zudem von den wachsenden und effizienten Finanzmärkten mit einem Risikoaufschlag auf den Kreditzins bestraft. Internationale Rating-Agenturen haben in den letzten Jahren zu einer erhöhten Differenzierung zwischen verschiedenen Bonitätsklassen geführt.

² Stefan Collignon: Geldwertstabilität für Europa. Die Währungsunion auf dem Prüfstand, Gütersloh 1996.

Dirk Berendes

Nachträgliche Auflagen im Atomrecht

1997, 217 S., broch., 79,- DM, 577,- öS, 72,- sFr, ISBN 3-7890-4614-0
(Nomos Universitätsschriften – Recht, Bd. 234)

 **NOMOS Verlagsgesellschaft · 76520 Baden-Baden**

Beispiele für unterschiedliche Zinssätze bei staatlichen Emissionen innerhalb eines Landes gibt es bereits: der amerikanische Bundesstaat Louisiana wurde wegen seiner hohen Verschuldung in eine geringere Bonitätsklasse eingestuft als seine Nachbarn. Nicht nur die EU und die EZB werden also das Haushaltsgebaren überwachen, auch die „unsichtbaren Hände“ der internationalen Finanzmärkte werden steuernd und regulierend eingreifen.

Gegen eine Verschiebung spricht ferner, daß weitere Verbesserungen der Haushaltssituation in kurzer Zeit wegen der Sparpolitik und Beschäftigungskrise nicht zu erwarten sind. Vielmehr muß damit gerechnet werden, daß ein verschobener Starttermin mit einem konjunkturellen Abschwung zusammenfällt und ein Wachstumseinbruch zu einer weiteren Verschiebung wegen Verfehlung der Kriterien führen würde. Es ist ein Mythos, daß eine Verschiebung eine stabile Währung garantiert, ein pünktlicher Beginn jedoch zu Inflation führt.

Drittens: Die Europäische Zentralbank

Die Stabilität des Euro wird von der Europäischen Zentralbank abhängen. Ihre Unabhängigkeit ist vertraglich gesichert und bekanntlich stärker verankert als die der Bundesbank. Ihre Priorität ist die Wahrung der Stabilität. Es gibt keinen Grund zur Annahme, daß sich das Gremium nicht strikt an seine Aufgaben halten wird, selbst wenn die Mitglieder aus Ländern kommen, in denen Geldpolitik politisch instrumentalisiert wurde. Die Institutionen prägen die in ihnen Wirken den stärker als umgekehrt. Die europäischen Zentralbanker müssen sich eine Reputation schaffen, das internationale Vertrauen in den Euro stärken und werden alles tun, um ihre wirtschaftspolitische Machtposition nicht zu beschädigen. „Institutions do matter“, so eine bekannte politikwissenschaftliche Erkenntnis. Daher ist die von einigen Analytikern geäußerte Prognose, eine desinflationäre Politik der Europäischen Zentralbank werde einen starken Euro garantieren, ernst zu nehmen.

Ohnehin spricht vieles dafür, eher früher als später der EZB die Verantwortung für das Geld zu übertragen. Nationale Regierungen waren nie der Garant für stabile Währungen. Die Bundesregierung, die sich zum Lehrmeister der korrekten Buchführung in Europa aufgeschwungen hatte, bewies mit ihren überraschenden Überlegungen zum Verkauf der Telekom-Aktien und der Neubewertung der Gold- und Devisenreserven die eigene Begabung zur kreativen Buchführung – bei letzterem wurde sie von der Bundesbank gestoppt.

Viertens: Langfristige politische Ziele

Die Währungsunion steht unter dem Primat der Politik. Das Projekt folgt nicht in erster Linie ökonomischen Zielsetzungen, sondern langfristigen politischen Zielen. Die ersten Bemühungen um eine Währungsunion nach dem Werner-Plan liegen mehr als ein Vierteljahrhundert zurück. Die Bedingungen für die Umsetzung sind durch die Veränderungen in der Weltwährungspolitik seit 1972/73, durch die Globalisierung der Finanzmärkte und durch die Erweiterungen der EG permanent schlechter geworden. Der neue Anlauf seit 1988 (Delors-Ausschuß) bzw. seit 1993 hat die politischen Kräfte gebunden und es vermocht, die Wirtschaftspolitik der Mitglieder maßgeblich zu bestimmen. Auf dieses Ziel konzentrierten sich alle Bemühungen. Eine Verschiebung würde den Start in die Zeit der Aufnahmeverhandlungen mit den Mittelosteuropäern verlagern und zu ganz neuen Problemen führen.

Die EWU diene den Regierungen zur Rechtfertigung von Austerity-Politik. Insbesondere Frankreich vertraute darauf, daß seine Politik der Ankoppelung des Franc an die D-Mark und des „Franc fort“ durch die Währungsunion gekrönt würde. Sie nahm dafür alle schädlichen Konsequenzen durch die Anbindung an die Ankerwährung D-Mark in der Folge der national definierten deutschen Politik nach der Wiedervereinigung hin.

Der politische Einbruch, den eine Verschiebung bedeuten würde, wäre im deutsch-französischen wie im europäischen Verhältnis kaum zu heilen. Der ohnehin schleppende Integrationsfortschritt käme zum Stillstand. Denn wenn wir uns auf den Standpunkt unserer Nachbarn stellen und deutsche Politik aus diesem Blickwinkel betrachten, sieht das Bild folgendermaßen aus: Die Bundesregierung forderte als Voraussetzung für die Währungsunion die Festlegung detaillierter vertraglicher Bestimmungen und die Schaffung einer Europäischen Zentralbank nach deutschem Modell. Kaum war dies geschehen, hieß es in Bonn, die deutsche Bevölkerung könne nur Vertrauen in die neue Währung gewinnen, wenn die Europäische Zentralbank nach Frankfurt komme. Auch das wurde erreicht. Nun durfte die neue Währung nicht Ecu heißen, weil dies in der Psyche der Deutschen vorbelastet ist. Die Währung wurde Euro getauft. Dann reichte der – in diesen Punkten von den Deutschen maßgeblich gestaltete – Maastrichter Vertrag nicht aus, es mußte zusätzlich ein Stabilitätspakt verhandelt werden, denn die Deutschen unterstellen ihren Partnern, nur kurzfristig so solide sein zu wollen wie sie selbst. Gemäß deutschem Wunsch wird der

Niederländer Wim Duisenberg während der kritischen Einführungsphase des Euro Chef des Europäischen Währungsinstituts. Aber auch das genügte nicht, um das Bedürfnis der Deutschen nach Stabilität und garantierter Zukunft zu befriedigen: Nun wird noch wirtschaftsphilosophische Konvergenz verlangt – und zwar nach deutschem Lehrbuch. Da muß der Eindruck entstehen, Deutschland handele gemäß einem Freud nachempfundenen Motto: Wer etwas *nicht* schaffen will, findet Gründe, es *nicht* tun zu müssen.

Fünftens: Notwendige Handlungsfähigkeit

Eine Verschiebung hätte verheerende psychologische wie politische Wirkungen. Sie würde vielleicht nicht unmittelbar aber mittel- und langfristig das Vertrauen der Bürger in die nationale und europäische Politikfähigkeit unterminieren. Europa und seine Regierungen hätten sich in dem seit mehr als einem Jahrzehnt konkret und intensiv vorbereiteten Projekt als nicht politik- und steuerungsfähig erwiesen. Wenn die Anpassung der europäischen Strukturen auf die neuen europäischen, weltpolitischen und weltwirtschaftlichen Bedingungen nach so sorgfältiger Vorbereitung scheitert – was kann dann noch gelingen? Wie kann dann Zukunft noch gestaltet werden?

Der Erleichterung vieler in Deutschland darüber, daß deutsche Politiker an ihrer überzogenen, weil vertraglich nicht gedeckten 3,0%-Interpretation festgehalten haben, würde bald die Ernüchterung folgen. Denn weder erledigt sich mit einer Verschiebung die Aufgabe der Haushaltssanierung, für die – was oft vergessen wird – die Währungsunion nicht der Grund ist, noch wäre eine Verschiebung kostenneutral zu erreichen oder der augenblickliche Status quo in die Zukunft fortzuschreiben. Die Partner der Bundesrepublik werden nicht auf Dauer bereit sein, ihre Geldpolitik durch die „Frankfurter Bundeszentralbank“ gestaltet zu sehen, sie also deutscher Politik zu unterwerfen. Selbst wenn ihnen das als wirtschaftlich sinnvoll erschiene, so ist dies doch politisch nicht legitimiert und setzt die daraus resultierende Wirtschafts- und Sozialpolitik unnötigen Anfechtungen aus.

Die Ankündigung einer Verschiebung um ein, zwei Jahre würde den politischen Widerstand eher ermutigen als dämpfen – gerade weil er nur zu einem Teil tatsächlich sachlich begründet, im übrigen aber Ausdruck eines renationalisierten Denkens ist. Auf der Ebene der politischen Akteure ist nicht zu sehen, von wem ein neuer Anlauf für diese so schwierige Überzeugungsarbeit geleistet werden könnte. Die Initiatorgeneration der Politiker wird dann abgetreten sein. Da sich Wahlkämpfe eher gegen als mit dem Euro gewin-

nen lassen, welcher Politiker der nächsten Generation wird sich auf den mühseligen Kampf einlassen?

Auch in der internationalen Politik, in der die EU als Akteur wahrgenommen wird, ginge eine Verschiebung mit einer Einbuße an Ansehen und Wirkung einher. Eines der Ziele Europas, im Zeitalter der Globalisierung europäische Interessen zur Geltung zu bringen, wäre verspielt. Die Erschütterung der europäischen Position wäre nachhaltig.

Sechstens: Alternativtermine sinnlos

Diskutiert wird gegenwärtig eine geregelte oder „kontrollierte“ Verschiebung unter Festlegung eines neuen Starttermins und unter Fortsetzung aller Vorbereitungen. Nach diesem Szenario würde lediglich der Zeitpunkt zwischen der endgültigen Fixierung der Wechselkurse und der Einführung des Zahlungsmittels verkürzt. Das ohnehin vorgesehene Zweijahresintervall zur Überprüfung von Ländern, die in der ersten Runde nicht teilnehmen, könnte für eine geordnete Verschiebung genutzt werden.

Es gibt jedoch keine Garantie für die 100%ige Erfüllung der Konvergenzkriterien im Jahr 2001. Vielmehr wären die ökonomischen Folgen einer geregelten Verschiebung kaum weniger gravierend als die einer Verschiebung ohne neues „definitives“ Datum. Industrie, Banken, Handel, das Dienstleistungsgewerbe im In- und Ausland und die internationalen Kapitalmärkte haben sich auf die Währungsunion eingestellt. Es sind bereits Investitionen in beträchtlicher Höhe zur Bewältigung des Umstellungsprozesses getätigt worden. Diese sind bei einer Verschiebung größtenteils als verloren zu betrachten. Es ist fraglich, ob die Diskussion um eine mögliche Verschiebung unter diesem Gesichtspunkt nicht bereits an der Realität vorbeigeht, denn sie könnte frühestens im Spätherbst, wahrscheinlich aber erst im nächsten Frühjahr entschieden werden. Das Vertrauen der Wirtschaft in einen erneuten Anlauf wäre zudem gering und von Anfang an mit Vorbehalten behaftet. Das gilt auch für eine „geregelte Verschiebung“, die als Eingeständnis des Scheiterns gelten würde. Bereits der erste Versuch nach dem Werner-Plan erhielt ein derartiges Begräbnis erster Klasse. Welche Glaubwürdigkeit hätte der neue Termin, wenn selbst der vertraglich festgelegte nicht gilt?

Siebtens:

Schockwirkung auf Währungssystem

Die hohe Arbeitslosigkeit ist auch von den Wechselkursschwankungen der D-Mark in Europa und des gesamten DM-Blocks gegenüber dem amerikani-

schen Dollar beeinflusst worden. Der Wert der Mark hat sich unter wiederholten, heftigen Schwankungen gegenüber dem Dollar im letzten Jahrzehnt um mehr als 100% erhöht und damit zur Massenarbeitslosigkeit beigetragen. Die Nachteile für die deutsche Wettbewerbsfähigkeit treten seit 1983 deutlicher hervor, weil aufgrund der Stabilitätspolitik inner- und außerhalb Europas nominale Wechselkursaufwertungen zu realen Wettbewerbsverschlechterungen führen. Für die an die D-Mark gekoppelten Währungen ergeben sich die gleichen Standortnachteile. Mit dem Euro entsteht eine „schwerere“ Währung, die das Kostenniveau zur restlichen Welt stabiler hält und damit Investitionen in Produktionskapazitäten und folglich in Arbeitsplätze ermöglicht⁹. Die Währungsunion ist die angemessene Antwort auf die Globalisierung der Finanz- und Gütermärkte.

Die Reaktion der internationalen Devisenmärkte auf eine Verschiebung hätte den gegenteiligen Effekt. Eine Aufwertung der Weltreservewährung D-Mark, mit allen negativen Folgen für die angebondenen Währungen, würde alle weiteren Haushaltsstabilisierungen nichtig machen. Die Schockwirkung auf das Währungssystem dürfte kaum aufzufangen sein. Gerade die exportgestützte deutsche Konjunktur müßte Einbrüche hinnehmen, mit einschneidenden Folgen für den deutschen und europäischen Arbeitsmarkt.

Achtens: Ökonomie als Katalysator

Eine Verschiebung wäre ein Tod auf Raten, vergleichbar der Vertagung der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft in der französischen Nationalversammlung – allerdings ohne die rasche Kur eines Neubeginns auf anderem Schauplatz. Für einen Neubeginn gibt es schlechterdings keinen Ansatzpunkt in der EU der 15. Der Amsterdamer Gipfel mit seinen für den Durchschnittsbürger nicht registrierbaren Veränderungen signalisiert, daß die alte Logik der europäischen Integration, die den Schuman-Plan zum Erfolg machte, noch immer gilt: In den klassischen politischen Souveränitätsbereichen fällt der Transfer von Souveränität noch schwerer als in der Ökonomie. Diese muß nach wie vor die Katalysatorfunktion übernehmen. Für den umgekehrten Weg, eine der politischen Integration folgende wirtschaftliche, gibt es keinen Beleg. Amsterdam hat es bestätigt: Die Umsetzung der Währungsunion ist der Dreh- und Angelpunkt für die Politische Union geworden. Wer verlangt, die Politische Union müsse der Währungsunion vorangehen, leugnet die Gesetzmäßigkeit der

Integration und wird weder die Politische Union noch die Währungsunion erreichen.

Zweifellos werden aus der Währungsunion auch Belastungen für den europäischen Zusammenhalt entstehen. Es ist richtig, daß weder in Deutschland noch in Frankreich oder in den anderen europäischen Ländern der revolutionäre Strukturwandel der Weltwirtschaft schon begriffen wurde. Der Glaube an die politische Gestaltungskraft ist noch groß, der Sinn für das unter den neuen weltwirtschaftlichen Bedingungen noch Mögliche gering. Es besteht in der Tat die Gefahr, daß der Währungsunion und der EU als Ganzes die negativen Folgen des revolutionären Modernisierungsprozesses angelastet werden. Die politischen und wirtschaftlichen Belastungen aus einer Verschiebung würden jedoch stärkere Zentrifugalkräfte auslösen als der pünktliche Beginn. Die Probleme blieben, die Instrumente, sie zu bewältigen, wären jedoch schwächer.

Neuntens: Politische Arbeitsteilung

Die Pläne für eine Währungsunion haben nicht zuletzt mit dem Gewicht und der Rolle Deutschlands in Europa und damit mit dem innereuropäischen Gleichgewicht zu tun. Die historisch und ökonomisch begründeten Ängste der Nachbarn vor einer deutschen Hegemonie in Europa wurden 1950/51 wie 1989/90 durch die freiwillige Selbsteinbindung überwunden – im deutschen und im gesamteuropäischen Interesse. Das war das „dirty little secret“ des politischen und wirtschaftlichen Erfolgs Nachkriegsdeutschlands. Der heute erreichte Stand der Integration reicht aber weder aus, um das größere Deutschland in seiner dominanten Rolle zu neutralisieren, noch wird die Integrationstiefe den Herausforderungen an Europa gerecht. Das Ziel der EU, nämlich die geldpolitische Dominanz Deutschlands zu brechen und den finanzwirtschaftlichen Willensbildungsprozeß zu vergemeinschaften, liegt auch im wohlverstandenen deutschen Interesse. Die Bundesrepublik ist nicht nur auf gedeihliche wirtschaftliche Zusammenarbeit mit seinen Nachbarn angewiesen, sie ist auch auf Dauer in der Ankerwährungsrolle überfordert. Die derzeitige Akzeptanz der deutschen Rolle in der EU steht unter dem Zeichen der freiwilligen Vergemeinschaftung seiner Geldpolitik. Die Politische Union kann unter dem Signum der deutschen Dominanz nicht zustande kommen, ebensowenig sind DM-Dominanz und Binnenmarkt auf Dauer kompatibel.

Es muß in der Staatsräson der Bundesrepublik liegen, keinerlei Zweifel an ihrem europäischen Engagement zuzulassen – eine Renationalisierung der Politik

⁹ Vgl. Stefan Collignon, a.a.O., S. 15.

mit Koalitionen gegen Deutschland und ein Zerfall des Binnenmarktes würden die Kosten für einen Euro, der nicht so stark ist wie die D-Mark, bei weitem übersteigen. Das Vertrauen in die Zuverlässigkeit und Einbindungsbereitschaft ist ein wichtiges Pfund, mit dem Deutschland auf europäischer Ebene wuchern kann; hierin begründet sich sein in Deutschland unterschätzter Einfluß. Argwohn und Mißtrauen der Partner beschädigen die politische Führungsfähigkeit und damit die deutsche Gestaltungsmöglichkeit auf europäischer Ebene.

Fazit

Die Signalwirkung einer Verschiebung, die von der Bundesrepublik als der europäischen Führungsmacht durchgesetzt würde, wäre weitreichend. Sie wäre ein Auslöser für die tatsächliche Renationalisierung mit einschneidenden Wirkungen auf alle Bereiche der Union: Der Binnenmarkt geriete unter unhaltbare Spannungen. Für die Weiterentwicklung der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik und der europäischen Innenpolitik gäbe es keine Ansatzpunkte. Ohne Entnationalisierung seiner Geldpolitik beherrschte Deutschland recht bald den Kontinent – eine unerträgliche Situation für seine Nachbarn. Das kann nur gutheißen, wer in den machtpolitischen Kategorien des 19. Jahrhunderts denkt und bereit ist, dafür im 21. Jahrhundert den Preis zu zahlen.

In der EU der 15, demnächst mit 20 oder 25 Mitgliedern, fehlt die Homogenität und nach dem Ende des Kalten Kriegs der Druck, der die Partikularinteressen bändigen könnte. Fortschritte in der Integration waren stets vom guten Timing abhängig – eine ähnlich günstige Konstellation ist in einer sich erweiternden EU nicht abzusehen.

Europa braucht die dynamisierenden Folgen der Währungsunion, damit es als „global player“ in der Weltwirtschaft und Weltpolitik ernst genommen wird. Die Währungsunion ist die Vorbereitung auf ein Jahrhundert, das unter dem Signum amerikanischer und chinesischer Dominanz stehen wird – ein Jahrhundert, in dem ein zersplittertes Europa keinen Platz am Tisch der Großen haben wird.

Der Euro hingegen unterstreicht nach innen und außen, daß die EU eine Schicksalsgemeinschaft ist. Die Währungsunion wird zur Vertiefung der politischen Stabilität in ganz Europa führen und einen großen Sprung in der Integration nach sich ziehen. Ein stabiler Euro kann ein Hebel zur Schaffung europäischer Identität werden – gerade wir Deutschen wissen dies

und beobachten es an der amerikanischen Nation. Der Euro wird mehr als der Kitt für das Europa des 21. Jahrhunderts sein, er wird die notwendige Bedingung für eine politische Union und eine Voraussetzung dafür sein, daß Europa eine seinen kulturellen und wirtschaftlichen Leistungen angemessene Mitsprache in der Weltpolitik erhalten kann.

Der deutsche Kriterienfetischismus und die europäische und vor allem deutsche Angst vor dem Sprung in die zwangsläufig unbekannte, weil neue Europäische Währungsunion, der Versuch durch Interpretationsprotokolle, Stabilitätspakte und engste Interpretation der Kriterien absolute Sicherheit über die Zukunft zu erreichen, die es in der Politik nie geben kann, oder lieber am Status quo festzuhalten, ist das fatale Pendant zur Verkrustung und Reformunfähigkeit dieses Landes und Westeuropas. Vor einem Jahr wurde in Deutschland über das Thema Währungsunion – ja oder nein – diskutiert, dieses Jahr über die notwendige Verschiebung. Das Thema des nächsten Jahres zu prognostizieren fällt nicht schwer: Die Gefahren der monetären Umsetzung der Währungsunion. Wenn etwas dazu beiträgt, daß der Euro weich wird, dann ist es nicht zuletzt die öffentliche Debatte in der Bundesrepublik selbst.

Bonn steckt in der politischen Falle, in die es sich selbst hineinmanövriert hat. Wie läßt sich gegensteuern? Es wäre den Versuch wert, die Bürger über die komplizierten und nicht einheitlichen Wirkungen wirtschaftlicher Mechanismen aufzuklären. Die politischen und wirtschaftlichen Folgen einer Verschiebung, die wohl mit dem Scheitern gleichzusetzen wäre, müßten in das Bewußtsein gerufen werden. Die Glaubwürdigkeit bei Bürgern und Finanzmärkten könnte erhöht werden, wenn der Vertrag sinngemäß interpretiert, gleichzeitig aber auf kreative Schönung der Bilanzen verzichtet würde.

Politiker und Medien müssen sich mit dem fatalen Glauben auseinandersetzen, daß der Status quo besser sei als eine nicht perfekte Währungsunion. Wer das Risiko der Währungsunion herausstreicht, muß auch das Risiko der Verschiebung mitbewerten. „Europe is falling apart“. Diese Feststellung – nicht Frage! – einer großen internationalen Tageszeitung ist noch nicht zur Realität geworden⁴. Eine Verschiebung würde dieser Prognose angesichts der europäischen und globalen Herausforderungen jedoch Realität verleihen. Wenn wir ein integriertes Europa wollen, um im 21. Jahrhundert unter politisch und wirtschaftlich neuen globalen Bedingungen Wohlfahrt und politischen Einfluß zu erhalten, dann ist ein pünktlicher Start die Voraussetzung.

⁴ Vgl. „Unspeakable Reality: Europe 's Falling Apart“, in: International Herald Tribune vom 16. Juni 1997.